

BBB	vhs	GEW
Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V.	Deutscher Volkshochschul-Verband	Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand

10 Jahre Integrationskurse – Bilanz und Perspektiven – Mittwoch, 17.06. 2015, Berlin

Zusammenfassung:

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbandes und Aydan Özoğuz, Staatsministerin, Bundesbeauftragte für Migration und Flüchtlinge sprachen über

- die Geschichte der Deutsch- und Integrationskurse vor und seit 2005,
- dass damals vieles so nicht vorhersehbar war und dass man sich in einem Prozess befinde,
- über die Entwicklung der BAMF-Bestimmungen, die sich den Erfordernissen immer wieder angepasst habe (600 → 900 UE, Zusatzqualifikation für Alpha-Kurse, Orientierungskurs → LiD udgl.),
- über die neuen Anforderungen bzgl. der dramatisch ansteigenden Anzahl von Flüchtlingen und Asylantragstellern und der damit verbundenen Herausforderung, diesen Menschen neben adäquaten Wohnverhältnissen auch Deutsch und Arbeit vermitteln zu müssen.
- Sie bekannten sie sich auch dazu, dass die nicht zufriedenstellende Situation der Lehrkräfte angemessen verbessert werden müsse und
- verwiesen auf die Bereitschaft der Bundesregierung, weitere Millionen bis zu einer Milliarde für die Flüchtlings- und Integrationsarbeit zur Verfügung zu stellen. Hierzu erwarte man auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 18.06.2015 mit diesem Thema vom Bund entsprechende Zusagen für Länder und Kommunen.
- Planungssicherheit, die hergestellt werden müsse.
- Man rechne 2016 mit 200.000 neuen IntegrationskursteilnehmerInnen.
- 600, bzw. 900 UE für die Erlangung des B1-Zertifikats seien ausreichend.

Dr. Thomas Herzog, MinDirig des Bundesministerium des Innern

sprach über:

- sein persönlich menschliches Verständnis für den Protest der Lehrkräfte gegen ihre prekären Beschäftigungsverhältnisse,
- verwies aber auf die Zuständigkeit der Kursträger und Lehrkräfte, die angemessene Honorarverträge aushandeln müssten – hier dürfe der Gesetzgeber nicht eingreifen.
- verwies auf die steigende Anzahl von KursteilnehmerInnen, die die Träger in die Lage versetzten, höhere Honorare zu zahlen,
- verwies auf die Einsicht und Bereitschaft der Bundesregierung, für 2016 weitere Millionen Euro für die Flüchtlings- und Integrationsarbeit zur Verfügung zu stellen,
- verwies auf die hervorragende Arbeit des BAMF, das seine enormen Herausforderungen meistert.
- Im Übrigen sei nicht das Bundesministerium des Innern für die Finanzierung der Integrationskurse Ansprechpartner, sondern man müsse sich an den Gesetzgeber für Finanzen wenden und dort die Erhöhung des Titels „Integrationskurse“ beantragen.
- In Kürze sollen die Integrationskurse für die Zielgruppen „Asylbewerber*innen“ und „Geduldete“ „mit guter Bleibeperspektive“ geöffnet werden.
- Nach zwei Flüchtlingsgipfeln der Kanzlerin stehe fest: Es wird einen Nachtragshaushalt zu 2015 geben und das Budget für Integrationskurse um 25 Mio. aufgestockt. Für 2016 sollen über 300 Mio. zur Verfügung stehen.

Prof. Dr. Christoph Schroeder, Universität Potsdam, Zentrum Sprache, Variation und Migration
sprach über:

- **10 Jahre Integrationskurse – Kritische Bilanz und Ausblick**
 - Die vom BAMF selbst erhobenen statistischen Daten reichten bei weitem nicht aus, um zu konstatieren, dass 10 Jahre Integrationskurse eine Erfolgsgeschichte seien, weil
 1. die Daten nicht von einer unabhängigen Kommission erfasst werden.
 2. sich die erhobenen Daten in der Aussage teilweise widersprechen.
 3. nach diesen Daten etwa 1/3 der KursteilnehmerInnen das Klassenziel B1 nicht erreichen.
 4. der so genannte (Miss-) Erfolg nicht statistisch differenziert wird nach Vorkenntnissen, Bildungsstand, Geschlecht, Gründe für häufiges Fehlen im Unterricht, Gründe des Kursabbruchs... der TeilnehmerInnen
 - Man müsste man auch zwischen Kommunikationsfähigkeit auf Deutsch und adäquate Deutschkenntnisse je nach beruflicher Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt unterscheiden, um wissenschaftlich belastbar zu konstatieren, dass die Integrationskurse erfolgreich sind.
 - Schon das Ramboll-Gutachten 2006 habe auf Defizite des Konzepts der Integrationskurse hingewiesen, die bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurden.
 - Der Erwerb der deutschen Sprache sage nichts darüber aus, ob jemand in die deutsche Gesellschaft integriert sei oder sich überhaupt integrieren lassen wolle.
 - Den Slogan „Deutschlernen ist Schlüssel zur Integration“ habe auch umgekehrt seine volle Berechtigung, nämlich „Integration ist der Schlüssel zum Erwerb der deutschen Sprache“.
- Siehe auch: <http://mediendienst-integration.de/artikel/10-jahre-integrationskurse-eine-kritische-bilanz.html>

Die VertreterInn der GEW und des BBB und der Bildungs-/Kursträger allgemein
siehe Positionspapier **10 Jahre Integrationskurse – Ein Erfolgssystem ist dringend reformbedürftig**

GEW-Hauptvorstand

siehe Infoblatt Weiterbildung Dezember 2013

www.gew.de/Herbstakademie_2013

siehe Infoblatt Weiterbildung Dezember 2014

www.gew.de/Infoblatt_Weiterbildung.html

Die GEW fordert eine Erhöhung auf 3,60 Euro pro UE und anwesenden TN und hält damit ein Mindesthonorar von 30 Euro/UE für den „1. Schritt“ neben der Forderung von Festanstellungen für bewährte und langjährig berufserfahrene Lehrkräfte. Dies entspreche 180 Mio. mehr im Budget.

Es wurde auch die Frage gestellt, wie die Situation der Lehrkräfte wohl aussähe, wenn nicht 80% von ihnen Frauen (häufig mit Migrationshintergrund) wären, sondern zu 80 % Männer (ohne Migrationshintergrund).

Beate Strenge und Sabine Heurs, Integrationslehrkräfte DaZ-Netzwerk, VHS-Berlin

siehe **Infoblatt der Deutschlehrkräfte, Berlin, 17. Juni 2015**

(Den dort beschriebenen Forderungen schließen sich weit über 2/3 der 22400 Lehrkräfte bundesweit an!)

Danijel Dejanovic, stellvertretender Direktor der VHS Frankfurt am Main

stellte sich offen auf die Seite der Lehrkräfte und bekräftigte ihre Forderungen.

An der VHS Frankfurt /a.M. seien die infrage kommenden Dozent*innen als

Arbeitnehmerähnliche anerkannt und erhalten Urlaubsgeld und den Arbeitgeberanteil zu KV, PV, RV.

Herr Dejanovic klärte am Beispiel der VHS-Frankfurt darüber auf, wie irrig die Argumente des Bundesministeriums des Innern sind:

- Die steigende Anzahl der KursteilnehmerInnen erfordern auch mehr Lehrkräfte, die dringend angemessen bezahlt werden müssen, auch um die hohe Qualität der Kurse aufrecht erhalten zu können.
- Die infrastrukturelle Kapazität eines Kursträgers kann sich nicht beliebig und grenzenlos der Nachfrage anpassen. Die Grenze sei erreicht, wenn nicht gar hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf den Unterricht und Lernerfolg schon überschritten.
- Eine Kursstärke von 20 KursteilnehmerInnen wirke sich negativ auf die Unterrichtsgestaltungsmöglichkeiten und den Lernerfolg aus.
- Mit staatlich geförderten Integrationskursen könne und dürfe man keine Gewinne erzielen, mit denen man Lehrkräfte angemessen bezahlen könnte, wenn der Bund die Integrationskurse mit 2,94 Euro unterfinanziert und sich dabei auf eine Untersuchung des Marktes stützt, in dem Honorare auf Hartz IV-Niveau gezahlt werden. Von Vertragsfreiheit zwischen Kursträger und Lehrkraft könne daher derzeit keine Rede sein.
- Außerdem wies er darauf hin, dass bei der Berechnung des pro TN bezahlten Betrages nicht berücksichtigt wurde, dass andere VHS-Kurse von Land und Kommune subventioniert werden.
- Die VHS solle und müsse ein hohes Qualitätsniveau halten, das mit unterbezahlten nebenberuflich beschäftigten Honorarkräften gerade bei diesen gesellschaftlich so wichtigen Integrationskursen nicht zu gewährleisten sei.
- Es gäbe das Problem, dass es nicht genug qualifizierten Nachwuchs bei den Lehrkräften gibt.
-

Die Politiker, bzw. Vertreter der verschiedenen Parteien, Mitglieder im Deutschen Bundestag in Berlin: Rüdiger Veit (SPD), Sevim Dagdelen (Die Linke), Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) Von der CDU fand sich auch hier wieder niemand bereit/in der Lage anwesend zu sein.

Alle vertraten die Meinung, dass der Koalitionsvertrag vom Dez. 2013 (Seite 107 zum Thema Integrationskurse und „angemessene Verbesserung der Situation der Lehrkräfte“) 2016 umgesetzt werden müsse und es unzulässig sei, dass der Koalitionspartner CDU/CSU die Erhöhung des Mindesthonorars der schwarz/gelben Regierung auf 20 Euro vom Januar 2013 bereits als Umsetzung des Koalitionsvertrags der schwarz/roten Regierung vom Dez. 2013 ansieht. Alle hielten eine unabhängige Evaluation der Integrationskurse für erforderlich und auch eine Anpassung des Konzepts bzgl. der Anforderungen an erfolgsversprechende Integrationskurse unter den auch für die nächsten Jahrzehnte zu erwartenden Umständen und Anforderungen. Alle halten die Forderung der GEW und des BBB für dringend, den Kostenerstattungssatz für die Durchführung von Integrationskursen auf 3,60 € pro TN und UE zu erhöhen und damit auch das Mindesthonorar von 30 Euro/UE als „1. Schritt“ neben der Forderung von Festanstellungen für bewährte und langjährig berufserfahrene Lehrkräfte umzusetzen. Die Linke fordert darüber hinaus, dass die Teilnahme an den Integrationskursen nicht verpflichtend unter Androhung von Sanktionen sein dürfe, sondern freiwillig sein muss, damit die TN motivierter sind, sich auch über den freiwilligen Erwerb der deutschen Sprache in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

Abschlussbemerkung:

Alle dort anwesenden Kursträger aus dem ganzen Bundesgebiet im Publikum (mehr als 1/3 der Tagungsteilnehmer) stellten sich öffentlich auf die Seite der Lehrkräfte. Sie möchten auch im

Konkurrenzkampf untereinander berufserfahrene und langjährig bewährte, engagierte Lehrkräfte hauptberuflich anstellen und angemessen bezahlen können. Auf der Basis prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind diese zunehmend schwer zu bekommen und wenn, dann nicht zu halten, was sich negativ auf die Kurse und den Lernerfolg und auf den Ruf des Kursträgers auswirkt. Die Rede von Herrn Danijel Dejanovic, stellvertretender Direktor der VHS Frankfurt am Main, Repräsentant einer der größten VHS in Deutschland, erhielt von allen anwesenden Kursträgern und Lehrkräften, auch von Vertretern der GEW und BBB tosenden anhaltenden Applaus. **Ulrich Aengenvoort, Verbandsdirektor des DVV** bestätigte noch einmal in seinem Abschlusswort der Tagung zusammengefasst die Ausführungen von Herrn Danijel Dejanovic.

Vor dem Tagungsort demonstrierten ca. 70 Berliner Lehrkräfte für bessere Arbeitsbedingungen. Einige wurden auch in den Tagungsraum des DGB-Hauses eingelassen. Die Reaktion des BAMF-Köln, die BAMF-Richtlinien § 1 Abs. 2 auf die Demonstration der Lehrkräfte im Raum Köln/Bonn in Bonn am 28.05.2015 anzuwenden, löste Fassungslosigkeit, Empörung und völliges Unverständnis im Publikum aus, was jedoch Lehrkräfte und Kursträger enger zusammenrücken ließ. Man fühlt sich motiviert, im Herbst 2015 zu weiteren und größeren Demonstrationen dieser Art bundesweit aufzurufen!

Stephan Pabel

www.bonneroffenerkreis.jimdo.com